

Die „Freiheit“ erscheint zweimal wöchentlich, an Samstagen und Sonntagen...
Redaktion und Geschäftsstelle: Berlin SW 6, Schiffbauerdamm 19 111.

Interate lassen die wichtigste...
Internationale Redaktion: Berlin SW 6, Schiffbauerdamm 19

Freiheit
Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gefahr im Verzuge.

Die Reichswehrgenerale rufen. Auf der ganzen Linie wird zur Sammlung geblasen. Die monarchistischen Offiziere wissen, daß es um ihre Existenz geht.

Daß es so kommen konnte, ist Schuld der Regierung. Sie hat den psychologischen Augenblick zur Säuberung der Reichswehr, zur Befestigung der monarchistischen Generalität veräumt.

Die Generale nutzen die Situation rücksichtslos aus. Die Reichswehr wird gesäubert, aber nicht von den reaktionären Offizieren, sondern von den verfassungstreuen Mannschaften.

Tagen. Der Truppenteil wird gesäubert. An der polnischen Grenze werden diese Truppen zunächst für die Monarchisten unschädlich sein.

Dazu kommt, daß es bisher nicht gelungen ist, auch nur die Marinebrigade Ehrhard zu entwaffnen, daß der größte Teil der Reichswehr noch wie vor unter dem Kommando von Stoßreaktionären steht.

Wir glauben ganz gerne, daß auch die Regierung eine Ahnung von dieser Gefahr hat. Nennen könnte aber nur allergrößte Entschlossenheit. Statt dessen sehen wir nur Hilflosigkeit und Bedenken.

Die Regierung beschwört durch ihre Hören jedenfalls neue Gefahren herauf. Entschließt sie sich nicht endlich zu energischem Handeln, dann kann es vielleicht wieder zu einer Katastrophe kommen.

Die Arbeiterklasse verfolgt mit äußerster Spannung diese Entwicklung. Sie hat ihre Stärke kennen gelernt und wird es verstehen, davon, wenn es sein muß, den nötigen Gebrauch zu machen und die Arbeit, zu der die Regierung unfähig ist, dann selbst zu verrichten.

Ein Proteststreik in der französischen Marine.

H. N. Paris, 13. April. Auf Aufforderung des Nationalrats der Syndikalisten, haben alle Marineangehörigen in den Häfen von Brest, Boulogne, Le Havre, Nantes, Bordeaux, Marseilles und Geste einen 24stündigen Streik proklamiert.

Generalkriegsbeschluss in Irland.

Amsterdam, 13. April. Ein Telegramm aus London zufolge hat der irische Gewerkschaftsverband im Verein mit der irischen Arbeiterpartei als Protest gegen die Behandlung der politischen Gefangenen, darunter auch die Sinnfeiner, durch die Engländer eine allgemeine Arbeitsniederlegung verkündet.

Deutscher Protest gegen die politische Entrechtung Oberschlesiens.

Unter der Begründung, daß der Friedensvertrag für die Dauer der internationalen Regierung die politische Zugehörigkeit Oberschlesiens zu irgendeinem Staate vorläufig aufzuheben habe, hat, wie bereits bekannt, die internationale Kommission mitgeteilt, daß alle Abgeordneten Mandate der in Oberschlesien domicilierten Personen zu

pendiert seien, eventuell die Wiedereröffnung ober-schlesischer Abgeordneter, die künstlich trotzdem an Tagungen der Nationalversammlung, der Preussischen Landesversammlung oder des Provinziallandtages teilnehmen, verhindert werden würde.

Gegen diese Maßnahmen hat der deutsche Bevollmächtigte in Oberschlesien energig Einspruch erhoben, mit dem Hinweis, daß Oberschlesien, solange nicht etwa auf Grund der Abstammung seine rechtliche Loslösung aus dem deutschen Reich erfolgt sei, ein Teil des deutschen Reiches bleibe und die Oberschlesier Anspruch auf volle Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte haben.

Außerdem ist eine Protestnote der Reichsregierung zur Kenntnis der internationalen Kommission in Opatowitz und des Obersten Rates in Paris gebracht worden.

Wiederherstellung der Eisenbahnverbindung mit Rußland.

Kopenhagen, 13. April. Die Berlinerische Abendzeitung meldet aus Kiew: Die Eisenbahnverbindung zwischen Ostland und Sowjetrußland ist jetzt wieder hergestellt. Der erste Zug aus Rußland ist in Kiew angekommen.

Der Spiegel Lincoln-Credit in Berlin.

H.N. London, 13. April. Der Berliner Vertreter der „Daily Mail“ teilt mit, daß der betrieblige Lincoln-Credit am Freitag mit abwesendem Schuldner und kurz geschlossenen Büchern nach Berlin zurückgeführt sei.

Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit?

Von Kurt Voenheim.

Der seit langem angekündigte Gesetzentwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit ist der Nationalversammlung zugegangen. Jedoch der Titel „Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit“ täuscht; denn der Entwurf bringt keine völlige Aufhebung des prozessualen Sonderrechts, dem bisher die Militärpersonen unterworfen waren.

Charakteristisch ist gleich der grundlegende § 3. Er bestimmt, daß auch für Militärpersonen die allgemein gültigen Vorschriften über die Zuständigkeit der Gerichte und des Strafverfahrens finden sollen. Das bedeutet an sich: das Strafverfahren für Militärpersonen soll kein anderes sein als das „allgemein gültige“ für Zivilpersonen.

Die Zuständigkeit der Gerichte ist in der Gerichtsverfassung, das Strafverfahren in der Strafprozedur geregelt. Nach der Gerichtsverfassung sind für die mit geringeren Strafen bedrohten strafbaren Handlungen die Schöffengerichte, für die mit erheblicheren Strafen bedrohten Straftaten die Strafkammern und die Schwurgerichte zuständig, in denen Laien, nämlich die Geschworenen, allein über die Frage, ob der Angeklagte schuldig ist, zu entscheiden haben.

Diese Ausführungen sind mehr als merkwürdig. Die Schwurgerichte haben gegenüber den mit Berufsrichtern besetzten Strafkammern den Vorteil, daß ihr Spruch meist mehr dem Rechtsempfinden des Volkes entspricht als der der Strafkammern. Damit das Schwurgericht nicht allzu stark belastet wird, wird der Beschuldigte trotzdem vor die Strafkammer gebracht.

Ebenso muß die Bestimmung des § 7 starkem Widerspruch begegnen. Nach dem Militärstrafgesetzbuch braucht eine von einer Militärperson begangene Straftat nicht stets gerichtlich abgeurteilt zu werden. Der Vorrechte hat das Recht, gewisse Straftaten, auf die nur geringfügigere Strafen stehen, einfach im Disziplinarwege zu ahnden.



## Eine Erklärung Millerands.

Räumung des Rheingaus nach Räumung des Ruhrgebiets.

Paris, 13. April

Millerand wird, wie die Blätter melden, heute nachmittag in der Kammer eine Erklärung über die Ereignisse im Ruhrgebiet und über die Besetzung von Frankfurt a. Main und der anderen Städte im Rheingau abgeben. Die Blätter stellen ferner fest, daß er annehmen wird, daß der englisch-französische Zwischenfall als erledigt angesehen werden könne. Der englische Botschafter Lord Derby habe gestern nachmittag nochmals versichert, daß die Städte Dormund und Frankfurt zu gleicher Zeit mit den Städten Genau, Dieburg und Homburg geräumt würden und nicht etwa kasseltweise. Des ferneren habe sich Lord Derby verpflichtet, daß die Räumung erfolgt, sobald die über das Augustabkommen hinaus in das Ruhrgebiet einmarschiereten Truppen die neutrale Zone verlassen haben.

## Bonar Law's Erklärungen zur Lage.

N. London, 13. April

Im Unterhaus gab Bonar Law einige Erklärungen zum Konflikt mit Frankreich ab und erklärte u. a., der Ton der gedruckten Notizen bedürfte zu der Annahme, daß die beiden Regierungen mehr als je von der Unvermeidlichkeit herglicher und enger Beziehungen zu einander überzeugt seien. Er verneinte die Behauptungen von Meinungsverschiedenheiten im britischen Kabinett und erklärte im Namen des Schatzkanzlers Chamberlain, der in diesem Zusammenhang oft genannt wurde, daß all diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren. Bonar Law fügte hinzu, daß die bevorstehende Konferenz in San Remo gewiss die Einigkeit zwischen Frankreich und England stärken werde.

In Beantwortung anderer Fragen z. B. ob es zuträffe, daß Deutschland am Reichswehr, Flieg- und Sicherheitswehr etwa 2 Millionen Mann unter den Fahnen habe, erklärte Bonar Law, das sei keineswegs der Fall. Auch diese Gerüchte seien vollkommen unbegründet.

Der englische Geschäftsträger in Berlin hat nach Bonar Law's Ausführungen der deutschen Regierung eine Note überreicht, in der eine Entschädigung und Entschädigung für die Besetzung und schlechte Behandlung des englischen Journalisten Folgt im Essen verlangt wird.

## Sozialistischer Protest gegen die Haltung Belgiens in der Okupationsfrage.

H. N. Brüssel, 13. April

Im Brüsseler Gemeinderat wurde ein Antrag eingebracht, nach dem die Regierung wegen ihrer Haltung in der Okupationsfrage gelobt wird. Die Sozialisten protestieren bestig gegen diesen Antrag und Guymans erklärte, daß er über die Angelegenheit in der Kammer eine Interpellation einbringen werde.

## Die Hege der Demokraten.

T. U. Eberfeld, 13. April

Ein gestern hier abgehaltener demokratischer Bezirksvereinskongress beschloß in einer Entschiedenheit gegen den Anspruch der Gewerkschaften auf ein Mitbestimmungsrecht bei der Besetzung der leitenden Staatsstellen.

Die Kundgebung der Eberfelder Demokraten bietet an die von der Regierung und den Mehrheitsparteien abgeschlossenen Vereinbarungen mit den Arbeitnehmerorganisationen. Wie zu erwarten war, stehen die Demokraten in der ersten Reihe der reaktionären Elemente, die die „acht Punkte“ zu sabotieren suchen.

## Die Einwohnerwehren und die Putschisten.

Die Einwohnerwehren suchen immer noch zu bestreiten, daß sie den Rapp-Lüttich-Putsch unterstützt haben. Demgegenüber sind wir in der Lage, folgendes Dokument, das uns im Original vorliegt, zu veröffentlichen:

Zentralstelle für Einwohnerwehren.

Berlin, den 16. März 20.

Die Röske-Audeweise haben ihre Gültigkeit verloren. Die neuen vom Militär-Oberbefehlshaber ausgegebenen Audeweise tragen die Unterschrift des Generals von Lüttich. Die Zentralstelle für Einwohnerwehren stellt den Herren Kreisräten und Führern der Bürgerwehren nur gegen Ablieferung der alten Röske-Audeweise und Beifügung eines entsprechenden Lichtbildes neue Audeweise aus.

Hat die Ungültigkeitserklärung der Röske-Audeweise auch etwas mit der Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ zu tun? Oder ist sie nicht ebenso wie die Bestimmung, daß nur Audeweise mit der Unterschrift von Lüttich gültig seien, der unwiderleglichste Beweis für die aktive Unterstützung der Putschisten durch die Einwohnerwehren?

## Die Republikanerhe in der Reichswehr.

Wir haben vor einigen Tagen festgestellt, daß verschiedene Kruppenteile den Beitritt zum republikanischen Führerband erneut verboten haben. Wie zum Bisherigen haben sich die Herrschaften dabei auf einen General Röske vom Sommer 1919. Das Verbot hat inzwischen Schule gemacht. Im letzteren Potsdam haben die monarchistischen Offiziere vom Weiterregiment 4 vierzehn Soldaten, die an einer Mitglieder-versammlung des Führerbandes teilgenommen hatten und sich als Mitglieder ausweisen ließen, auf der Stelle entlassen. Den Auftrag spielte der Militärrichter Kemmerer. Die Entlassenen liegen seit Donnerstag strahllos und jeder Mittelbar auf der Straße. Die republikanische Bewegung wird nach diesem Bei-

spiel nachgerade zu einem Zugab, den sich nur noch wohlhabende Leute gestatten können.

Ein zweiter Fall im Bereich des Mehrkreismandats 8 ist den Soldaten der Besuch von Versammlungen durch einen Befehl des Generals Owen vom 3. April verboten worden. Eine Genehmigung dazu kann nur der zuständigen Kommandeur erteilen. Die Folge dieses Befehls kann natürlich nur die sein, daß den Mannschaften der Besuch von demokratischen Versammlungen gestattet wird, hingegen wird er ihnen immer verweigert werden, wenn sie eine sozialistische Versammlung besuchen wollen. Die Herren wollen mit diesem Befehl verhindern, daß sich die Mannschaften politische Aufklärung verschaffen. Denn aufgestellte Mannschaften können die monarchistischen Offiziere für ihre konterrevolutionären Zwecke nicht gebrauchen.

General Owen, der den Befehl erlassen hat, ist mittlerweile zur Disposition gestellt worden. Seine Befehle werden dadurch natürlich nicht außer Kraft gesetzt. Sie wirken wie eine fressende Krankheit im Heere weiter.

## Schweres Explosionsunglück bei Nachen.

T. U. Nachen, 13. April

Gestern nachmittag gegen 2 Uhr ist die Stolberger Düngemittel-Fabrik durch eine schwere Explosion in die Luft geflogen. Die Fabrik ist ein vollständiger Trümmerhaufen. Sehr hart in Mitleidenschaft gezogen sind auch die Chemische Fabrik Rhénania, die umliegenden Wohnhäuser sowie die Spiegelmanufaktur. In Stolberg und Umgebung wurden fast sämtliche Fensterscheiben zertrümmert, selbst bis nach Schweiler hin. Bis jetzt wurden 20 Tote und sehr viele Verwundete, darunter viele Schwerverletzte, festgestellt. Kinder auf der Straße wurden getötet. In der Chemischen Fabrik Rhénania wurden die Dächer abgerissen und sonstiger schwerer Dachschaden angerichtet, so daß der Betrieb vollständig ruht. Auch unter den Arbeitern der Rhénania sind Tote zu beklagen. Da auch die Kleinbahnanlagen Stolbergs zerstört sind, ruht auch dort der Verkehr. Die Ursache der Explosion ist noch nicht festgestellt.

## Aus der Parteipresse.

Die beiden erschienenen Nr. 14/15 der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Schrift für Schrift; von Rud. Breitscheid; Die neue Phase von R. Stein; Brauchen wir noch ein Heer? von Willy Meyer, Hauptmann a. D.; Zum Problem der Internationale von Otto Reidter; Die Tätigkeit des Diplomaten von Bruno Niemann; Der Kampf der englischen Arbeiter von Tony Breitscheid.

„Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag T. Weitzsch, Berlin W 15, zum Preise von vierteljährlich 10 M. zu beziehen.

„Sozialistischer Erzieher.“ Wochenzeitschrift des Verbandes sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands und Deutschösterreichs.

Verlag „Der Sturm“, Berlin E 9, Potsdamer Str. 139. Bezugspreis vierteljährlich 6,00 M. Bestellungen geht auch bei den Postämtern.

Aus dem Inhalt der Doppelnnummer 6/7: Kampf, System Pöschel und wir. — Schulforderungen des Verbandes an die Reichs- und Landesregierungen. — Lehrerschaft und Sozialismus. — Elternbeiräte. — Grundsätzliche Stellungnahme zum behördlichen Unterricht über städtische Lebenskunde. — Neue Lehrbücher für den Geschichtsunterricht? — Das Provinzial-Schulkollegium als Erzieher. — Zur Öffentlichkeit des Unterrichts. — Sozialistischer Lehrer gesucht. — Aus den Gemeindeparlamenten.

## Gewerkschaftliches.

In einer gut besuchten Versammlung der Cafébaudangestellten, welche am 10. April im Café Stern stattfand, berichtete der Sektionsleiter Richter, daß der erste Vorsitzende Kollege Stappgarth sein Amt niedergelegt habe. Der Grund dafür waren Differenzen zwischen der Ortsverwaltung und ihm über Verhandlungen bei der Hotelbetriebsgesellschaft. Member gibt dann bekannt, daß die Cafébaudangestellten an die Unternehmerorganisation heranzutreten sind, um über Lenkungsfragen von durchschnittlich 70 M. pro Woche für das gesamte Personal zu verhandeln. Streikpreis wird hier ein Teil der Unternehmer eingeleitet, daß bei Mindestlöhnen von etwa 135 M. umwandelbar ausfallen ist. Der größere Teil jedoch hat es bisher noch nicht für nötig erachtet, eine entsprechende Lenkungsulage zu gewähren. In der beschlossenen Diskussion wurde der Satz von 70 M. als zu niedrig bezeichnet. Am 17. April 1920, vormittags 10 Uhr, findet im Café Stern nochmals eine Versammlung der Cafébaudangestellten statt, in der die Tarifkommission Bericht über die gewonnenen Verhandlungen mit den Unternehmern erhalten wird. Die Betretensleute und Betriebsräte sind verpflichtet, den letzten Angehörigen zu dieser Versammlung mitzubringen.

Verband der Bäcker, Weinfässer u. Hilfsarbeiter Groß-Berlin. Es liegen die Entwürfe der Gewerkschaftskommission für „Sicherheitswehr“ und „Ordnungswehr“ Groß-Berlin auf. Umgehende Entgegung bzw. Meldung unter Vorlegung der Militärpapiere von 9-5 Uhr in unserem Bureau, Engelstr. 15 III, Zimmer 47. — Wir ermahnen an unsere Sondervorstellung „Rote Kammer“ vom Genossen Gustav Stahlberg, am 22. April 1920, abends pünktlich 7 1/2 Uhr. Volkstheater, Bohrer, 58, nahe Bahnhof Gesundbrunnen. Es sind noch eine Anzahl Karten verfügbar. Bestellung bis 19. April, Amt Moritzplatz 4007.

Wächter, Rohrleger und Keller. Der Arbeiterverband für das Rohrlegergewerbe Groß-Berlin hat den Schiedsrichter des Einigungsamtes vom 30. März angenommen. Nach diesem Schiedspruch betragen die Löhne für Rohrleger ab 1. März Einheitslohn 4,45 M., nach zweimonatiger Beschäftigung 4,55 M., Rohr, Junggelesen 4,35 M., Rohrlinge 4,25 M., Keller: Einheitslohn 4,10 M., nach zweimonatiger Beschäftigung 4,20 M. pro Stunde. Die Differenz zwischen diesen Löhnen und den im März gezahlten ist in dieser Lohnnote nachzugucken. Wo die Nachzahlung nicht erfolgt, ist die Schiedskommission zu beauftragen. Die Verhandlungen der Schiedskommission über den Abschluß eines neuen Tarifes haben kein Ergebnis erzielt. Es wird deshalb im Sinne des Tarifvertrages eine unparteiische Prüfung zur Feststellung eines Schiedspruches angesetzt. Wir bitten erlösen wir alle Kollegen, sich durch keine provisorischen Maßnahmen der Unternehmer zu Einzelaktionen verleiten zu lassen. Die Branchenleitung hat alle notwendigen Maßnahmen vorbereitet, um die Bewegung einheitlich und geschlossen zur Durchföhrung zu bringen. Wir erlösen, die Arbeit, in den nächsten Tagen aufmerklos zu beachten, in der weitere Maßnahmen erfolgen werden.

## Groß-Berlin.

Ueberfüllung des Waisenhauses.

Eine starke Steigerung der Geburtenzahl ist in den letzten Monaten eingetreten. Der Geburtenanstieg ist so groß, daß Waisenhäuser, Kinderasyle und Säuglingsheime, die in den Kriegsjahren nur wenig belegt wurden, bereits überfüllt sind. Die Gesamtvermehrung fällt zugleich in eine Zeit der schwersten wirtschaftlichen Notlage vieler Kreise. Viele Kinder sind unehelicher Geburt. Die Mutter muß in den Dienst oder in die Fabrik gehen; sie kann sich um ihr Kind nicht kümmern. Als letzte Zuflucht bleibt das Waisenhäuser auch für die mutterlosen Kinder. Berlin hat kein eigentliches Waisenhäuser, in welchem die große Zahl der in Waisenhäuser untergebrachten Kinder versorgt und erzogen werden kann. Das ist ein großer Mangel. Die Kinder müssen in Familienpflege gegeben werden. Viele Pflegefrauen haben in den letzten Jahren und in der Zeit der Teuerung Pflegekinder nicht mehr annehmen können. Aus diesem Grunde hat sich die Waisenhäuserverwaltung veranlaßt gesehen, die Pflegegebühren erheblich zu erhöhen. Die Stadt Berlin zahlt jetzt an Pflegegeld monatlich: für gemeinsame Säuglinge 120 M., für Kinder im 1. Lebensjahre 90 M., im zweiten Lebensjahre 80 M., im 3. bis 4. Lebensjahre 70 M., im 5. bis 6. Lebensjahre 60 M., im 6. bis 14. Lebensjahre 50 M. Meldungen von Pflegefrauen nimmt entgegen das Waisenhäuseramt, Alte Jakobstr. 33/35.

## Das beliebte Mitglied der Einwohnerwehr.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte hatten sich gestern drei Schloffer Richter und der Dreher Wolf wegen Uebertretung der Verordnung Roske vom 27. Juni 1919 zu verantworten, die jede wirtschaftliche Betätigung über Schließung der Angehörigen der Einwohnerwehren und ihre Familienmitglieder mit Gefängnis bestrafte. Ein Student der Technischen Hochschule und Mitglied der Einwohnerwehr, Sinnigen, hatte ihre Angelegenheit durch die Einwohnerwehr betraut. Er stellte sich heraus, daß Sinnigen als Koloniar unentgeltlich bei der Automobilfabrik Schwager eingestellt war und daß bei der Einstellung Wolf als Obmann des Betriebsausschusses erklärt hatte, die Studenten der Technischen Hochschule seien bereits gewesen, beim Straßenbahnwerkzeug eingetreten und den Stellen in der Fabrik von Schwager ähnliches zu erwarten sei, keine Antwort gegeben habe. Wolf hat ihm dann gesagt, daß er die Angelegenheit seinen Kollegen vorlegen müsse, Sinnigen könne sich aber denken, daß er unter Umständen keine Unterstützung bei den Arbeitern finde. Wenn er etwas lernen wolle, solle er sich besser in einer anderen Fabrik als Koloniar melden. Sinnigen hat es dann vorgezogen, freiwillig zu gehen. Auf Antrag des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Bergfeld, wurden die Angeklagten freigesprochen und wurden auch die durch die Verurteilung notwendigen Ausgaben der Staatskasse aufgelöst. Es ist bezweifelhaft, daß dieserhalb überhaupt eine Klage erhoben werden konnte.

Stand der Quäterspeisung in Groß-Berlin. Die von den amerikanischen Quältern in großzügiger Weise dargebotene Speisung an unterernährte Kinder in Groß-Berlin, die bis zum 3. Mai d. J. die Zahl 100 000 erreicht haben soll, hat trotz der vielen Schwierigkeiten, die der Generalstreik und seine Folgen für die Schulen mit sich gebracht haben, bereits die Zahl 35 000 Kinder überschritten und damit die Zahl der Kinder, die nach der Speisungsurkunde der Quäler erreicht sein soll. Zur Zeit wird durch die in den Quartieren gebildeten Unterausschüsse unter Leitung einer besonderen Geschäftsführerin die Speisung für jede einzelne Gemeinde eingerichtet. In Berlin selbst werden neben den unterernährten Kindern sämtlichen 385 Volksschulen binnen kurzer Zeit die Säuglingsfürsorgestellen, die werden und stehenden Mütter, die Säuglingsheime, Krippen, Kleinkinderbewahranstalten, Krankenhäuser, sowie die schulpflichtigen Kinder der höheren und mittleren Schulen bei der Quäterspeisung berücksichtigt werden. Die Untersuchung familiärer Kinder, rund eine halbe Million, auf den Ernährungszustand hin wird seitens der Groß-Berliner Schulärzte in Verbindung mit besonders bestellten Ärzten nach den von den Quältern gewünschten Grundfragen durchgeführt.

Warnung an das Steuerzahler-Substanz. Ein Schwindler hat in der Stadt Berlin-Schöneberg unter der Maske eines städtischen Vollziehungsbeamten widerrechtlich Steuern eingezogen und sich angeeignet. Zur Verhütung weiterer Fälle wird darauf hingewiesen, daß die mit der Einziehung von Steuern beauftragten städtischen Vollziehungsbeamten bei Ausübung ihrer Aufgabe ein Dienstbild, das in der Mitte den preussischen Adler enthält und mit einer Umschrift versehen ist, die auf die Dienststellung des Vorgesetzten hinweist, vorzeigen müssen. Außerdem müssen sich die Vollziehungsbeamten bei Aufnahme der Zwangsvollstreckung noch durch einen von der zuständigen Steuerkasse, der Vollstreckungsbehörde, ausgestellten Pfändungsbefehl ausweisen. Es wird dringend empfohlen, sich vor der Zahlung von Steuern, über welche vom Vollziehungsbeamten eine besondere Quittung noch vorgeschriebenem Vordruck auszufertigen ist, das Dienstbild und auch den Pfändungsbefehl stets vorzeigen zu lassen.

Deutscher Arbeiter-Lagerbund, von Berlin. Das wegen der Unruhen verlassene 11. Kirchenkonferenz findet nunmehr am Montag, den 19. April, zur selben Zeit statt. Die ausgegebenen Karten haben Gültigkeit.

Jugendweihen in Neufeld. Mittwoch nachmittags 4 Uhr im Jugendheim, Rogauerstr. 15, erster Anruf zur Ortsjugendweihen. Kennanmeldungen werden dort, sowie im Bureau, Redaerstr. 9, entgegengenommen.

Weiterauskünfte für morgen: Zunächst ziemlich warm, aber abends kühler mit Gewitterregen und mäßigen südlichen Winden; nachher aufklarend und etwas kühler.

## Aus den Organisationen.

Platzberg. Heute abend 7 Uhr im Stabskorpswaffen-Schulungsaal. Sitzung der Fraktion, der Arbeiterkreise und der Bürgerpartei.

## Vereinstalender.

Sozialistische Arbeiterjugend, Gruppe Friedrichs-Platz. Mitgliederversammlung und Vortrag bei Kottbuscher, Schulstr. 16. Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr.

Sozialistische Arbeiterjugend, Kottbuscher-Platz. Mitgliederabend, den 14. April, abends 7 Uhr, findet im Jugendheim, Kottbuscher-Platz 7, eine wichtige Funktionärskonferenz unserer Organisation statt.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Wielepp, Neufeld. Verlagsanstellung: „Freiheit“, v. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbroscherei und Verlagsanstalt m. b. H., Schulstr. 16.

